

Zu dritt gegen einen Südring-Ersatz

Bürgerinitiativen aus Martinsried, Neuried und Forstenried kämpfen gegen die Staatsstraße 2063 neu. Sie befürchten, dass die von Gräfelfing forcierte Umgehung die Verkehrsbelastung im Südwesten erhöht

VON RAINER RUTZ

Planegg - Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ haben sich drei Bürgerinitiativen aus dem Münchner Südwesten zusammengetan, um den Bau einer Ortsumgehung von Gräfelfing und Planegg doch noch zu verhindern. Für die Bürgerinitiativen aus Martinsried, Neuried und Forstenried wäre eine Neuverlegung der Staatsstraße 2063 nichts anderes als ein „Südring light“, wie es in einer Erklärung heißt.

Zwar hat der Gemeinderat von Planegg bekanntermaßen im November 2009 den Bau einer Staatsstraße 2063 neu in welcher Form auch immer grundsätzlich abgelehnt. Doch die Bürgerinitiativen trauen dem Frieden nicht – und dafür haben sie auch allen Grund. Denn zum Einen lässt die Gemeinde Planegg zur Zeit gutachterlich prüfen, wie sich der geplante Bau einer Ortsumgehung von Lochham und Gräfel-

„Die Bürger müssen vor Lärm, Feinstaub und Immissionen geschützt werden“

ding mit Anschluss an die Würmtalstraße auf den Martinsrieder Verkehr auswirken würde. Gräfelfing will den lange geplanten Bau der Umgehung Anfang nächsten Jahres durch einen Bürgerentscheid erzwingen – eine Vision, die den Planeggern gar nicht gefallen kann.

Zum anderen hat die Planegger CSU angekündigt, das Thema 2063 neu im Wahlkampf zum Schwerpunktthema zu machen. Anders als die Mehrheit im Gemeinderat befürwortet die Planegger CSU eine maßvolle Variante der 2063 neu. Weil Planegg befürchtet, von der Entwicklung überrollt zu werden, hat der Gemeinderat daher beschlossen, schon im Vorfeld des Gräfelfinger Bürgerentscheids Sondierungsgespräche mit Grundstückseigentümern auf Martinsrieder Seite zu beginnen. Ein Ziel solcher Gespräche könnte, so wurde es vor einigen Monaten im Gemeinderat besprochen, der Weiterbau der von Gräfelfing kommenden Umgehung entlang der



Mit einer Umgehung möchte Gräfelfing gerne eine neue Autobahnausfahrt – im Bild die bestehende an der Pasinger Straße – bekommen. Gegen die Umgehungspläne bündeln jetzt drei benachbarte Bürgerinitiativen ihre Kräfte. FOTO: A. SCHELLNEGGER

Garagen an der Röntgenstraße sein. Damit würde man im Großen und Ganzen wieder eine Variante aufgreifen, die nach dem früheren Planegger Bürgermeister Alfred Pfeiffer benannt ist und die immer noch Gültigkeit hat.

Für die drei Bürgerinitiativen ist dies alles Grund genug, Alarm zu schlagen. „Eine Umfahrung von Martinsried oder eine Pfeiffer-Trasse auf der gleichen Trasse bringen die gleichen überregionalen Verkehrsmehrbelastungen wie eine Staatsstraße 2063 neu, weil diese sogenannten Um-

gehungsstraßen von Martinsried de facto wie die 2063 neu als Ersatz für den Südring der A 99 fungieren“, heißt es in der von der Martinsriederin Barbara Gutmann unterzeichneten Erklärung der drei Initiativen. Und weiter: „Mit dem Bau der Umgehung würden die Autobahnen Lindau und Garmisch kurz und billig miteinander verbunden.“ Die Folge wären nach Meinung der Initiativen Mehrbelastungen für Martinsried, Neuried, Fürstenried und Forstenried durch überregionalen Verkehr, gewissermaßen eine Art Südring. Dass die Diskussi-

on um den Autobahn-Südring im bayerischen Kabinett durch das Angebot einer nicht annähernd so aufwändigen und teuren „Ersatztrasse“ neue Nahrung bekommen könnte, beunruhigt die Mitglieder der Bürgerinitiativen zusätzlich. „Deshalb werden wir jetzt unsere Kräfte bündeln und unser Know-how austauschen“, kündigt Barbara Gutmann an. „Strategisches und juristisches Vorgehen“ werde künftig zusammengelegt, denn „die Gesundheit der Bürger muss vor Lärm, Feinstaub und Immissionen geschützt werden“.